

Pressemitteilung

26. August 2019

Langfristige Duldung für Geflüchtete aus Afghanistan PARITÄTISCHER fordert Umsetzung des Koalitionsvertrags

Angesichts der nächsten Sammelabschiebung, die offenbar am morgigen Dienstag vom Frankfurter Flughafen aus nach Afghanistan starten soll, appelliert der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Hessen erneut an die hessische Landesregierung, sich daran nicht zu beteiligen.

In ihrem Koalitionsvertrag haben CDU und Grüne hinsichtlich der Abschiebungen nach Afghanistan zweierlei festgelegt: „Sollte die Bundesregierung Abschiebungen nach Afghanistan weiterhin für möglich halten, werden wir weiterhin vorrangig Straftäterinnen und Straftäter und Gefährderinnen und Gefährder dorthin abschieben. Wir werden darauf hinwirken, dass diejenigen, die nicht unter den Vorrang fallen, längerfristige Duldungen erhalten, zumal die tatsächlichen Rückführungsmöglichkeiten noch nicht gegeben sind.“

Der PARITÄTISCHE Hessen kritisiert, dass die Regierung an der menschenrechtswidrigen Abschiebung von Straftätern und Gefährdern zwar wie angekündigt festhält, aber die gleichzeitig für alle anderen afghanischen Geflüchteten versprochene größere Sicherheit nach wie vor schuldig bleibt. Der Verband fordert die Landesregierung auf, dafür zu sorgen, dass unbescholtenen afghanischen Männern sowie allen Frauen und Kindern, deren Asylansprüche abgelehnt wurden, umgehend eine Duldung für 18 Monate, mindestens für ein Jahr erteilt wird. „Die Landesregierung gesteht im Koalitionsvertrag ein, dass eine Rückkehr für diese Menschen auf absehbare Zeit nicht in Frage kommt. Dennoch werden ihre Duldungen in der Regel jeweils nur für drei Monate verlängert“, sagt Dr. Yasmin Alinaghi, Landesgeschäftsführerin des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbandes Hessen: „Die monatlichen Sammelabschiebungen versetzen diese Menschen in Angst und Schrecken, obwohl sie in Hessen nicht zum Kreis der potenziell von Abschiebung Bedrohten gehören. Sie brauchen endlich längerfristige Duldungen, um zur Ruhe zu kommen und auch berufliche Zukunftsperspektiven entwickeln zu

können. Der hessische Koalitionsvertrag steht seit Dezember letzten Jahres, die Betroffenen weiter in unnötiger Unsicherheit zu lassen ist inhuman.“

Der PARITÄTISCHE Hessen fordert die Landesregierung bereits seit Beginn der Sammelabschiebungen nach Afghanistan Ende 2016 auf, Geflüchtete, die in Hessen leben, davon ausnahmslos zu verschonen. „Die Gewalt und die Opferzahlen steigen weiter. Erst vor wenigen Tagen wurden bei einem Anschlag auf eine Hochzeitsfeier in Kabul mehr als 60 Menschen getötet und über 180 verletzt. Es vergeht kaum eine Woche ohne Anschläge mit Toten und Verletzten in Afghanistan, weite Teile des Landes sind unter der Kontrolle der Taliban oder hart umkämpft. Die afghanische Regierung kann die Bevölkerung nicht wirksam schützen. „Gerade Rückkehrer sind in besonderem Maße gefährdet – allein aufgrund der Rückkehr. Sie gelten als Versager, für die Taliban und den IS sind sie aufgrund ihres Aufenthalts in Deutschland eines verwestlichen Lebensstils verdächtig und besonders von Verfolgung bedroht. Sie können daher kaum auf soziale oder familiäre Kontakte zurückgreifen, die in Afghanistan unerlässlich für das Überleben ist“, betont Lea Rosenberg, Referentin Migration, Flucht und Asyl beim PARITÄTISCHEN Hessen.

Der PARITÄTISCHE Hessen unterstützt den Protest gegen die Sammelabschiebung am Frankfurter Flughafen am Dienstag, 27. August, ab 18 Uhr am Terminal 1 Abflug B, zu dem das Afghan Refugees Movement aufruft.

Ansprechpartnerinnen beim PARITÄTISCHEN Hessen:

Lea Rosenberg
Referentin Migration, Flucht und Asyl
Telefon: 069/95 52 62-52
E-Mail: lea.rosenberg@paritaet-hessen.org

Barbara Helfrich
Referentin für Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: 069/955262-43
Mobil: 0163/6141626
E-Mail: barbara.helfrich@paritaet-hessen.org

Der PARITÄTISCHE Hessen ist der Spitzenverband von 800 sozialen Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Frauen- und Mädchenarbeit, Behinderten- und Altenhilfe, Migrationsarbeit, Suchtkranken- und Selbsthilfe, Straffälligen- und Wohnungslosenhilfe, Arbeitsmarktpolitik, soziale Psychiatrie sowie Freiwilligenarbeit. Mehr als 55.000 hauptamtliche und 14.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den Einrichtungen tätig.

Der PARITÄTISCHE Hessen vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen ebenso wie die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen. Durch Lobbyarbeit sowie durch fachliche, rechtliche und finanzielle Unterstützung sichert er die Qualität der sozialen Arbeit seiner Mitglieder.

**Deutscher PARITÄTISCHER
Wohlfahrtsverband
Landesverband Hessen e.V.**

Auf der Körnerwiese 5
60322 Frankfurt am Main

Fon: 069 955262 0
Fax: 069 551292

E-Mail: info@paritaet-hessen.org
www.paritaet-hessen.org